

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Tagesblätter, v. a. a. S. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkontonummer: Dresden 1533  
Postfach Riesa Nr. 52.

Nr. 70.

Sonnabend, 22. März 1924, abends.

77. Jahrgang.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: gegen Vorauszahlung, für den Monat März 1924 2 Mark 50 Pf., einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Tagesabendes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Rundschreib-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarische Satz 50%. Aufsatz 1/2 des Grundpreises. Vermittelter Absatz erfolgt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Anzeigen, die den Charakter von Anzeigen haben, werden gegen eine besondere Vereinbarung in der Zeitung oder auf Nachfrage des Bezugspreises. Anzeigenpreis: 100 Gold-Pfennige. Anzeigenpreis: 100 Gold-Pfennige. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Dr. Stresemann über Deutschlands Wiedergeburt. Eine Rede in der Wiener Deutschen Gesandtschaft.

Wien. Beim Empfang in der deutschen Gesandtschaft ergriff nach den Begrüßungsworten des Gesandten Dr. Pfeiffer Außenminister Dr. Stresemann das Wort und sagte u. a.:  
Wir haben schwere Stunden erlebt, sowohl die Brüder in Österreich, als auch wir im Deutschen Reich. Wir haben schwere Wege gehen müssen, um aus dem Elend herauszukommen. Wir haben das Beste gegeben, was ein Volk in einem unheilvollen Kriege geben kann; wir haben das Blut von Millionen gegeben, für die Freiheit unseres Landes. Aber die Jahre nach dem Kriege haben uns noch schwerere Opfer auferlegt. Sowohl Sie in Österreich, als auch wir im Deutschen Reich sind niedergedrückt in der Not des Krieges. Das Schwerkste, was uns auferlegt wurde, war der Mangel an Nahrung und der Niedergang des geistigen Lebens, die Proletarisierung des geistigen Mittelstandes. Wehe dem Lande, das keine geistigen Führer mehr hat, und das nicht mehr imstande ist, geistige Führer heranzubilden! Wehe dem Lande, das den großen Gedanken der Welt nicht verstanden hat. Nirgends sind wir uns mehr bemüht geworden, was geistiges Leben bedeutet, als hier auf Wiener Boden. Wir sind Söhne eines Volkes. Wir sind aber auch ein Volk des Materialismus geworden, in höherem Maße, als es notwendig gewesen wäre. Wir haben von dem, was wir einst waren, von dem Volke der Denker und Dichter, viel verloren. Wir haben zuviel von Baumwolle, Petrolem und Kohle geerbt und haben dabei vergessen, von Dignität, Würde, Weisheit und Mut zu sprechen, die die geistigen Führer des deutschen Volkes weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus waren. International wird nur der wirken, der national denkt. Wer aber so in seiner Nation aufgibt und deren Größe in sich aufgibt, wie wir, wird auch für den Geist eines fremden Landes vorbildlich wirken. Besonders haben auch bei uns die Großen unseres Volkes den Geist des Nationalismus weitgetragen. Wenn wir Reichsdeutschen so gerne nach Wien kommen, so geschieht dies deshalb, weil eine so große Sehnsucht der deutschen Seele uns hierher treibt, wo uns auf Schritt und Tritt die unüberwundenen Bauten des unergieblichen Wien und die Wege der Kunst begrüßen. Es gibt ein altes Gemisch: Norddeutschland und Wien dividiert durch zwei.

Wir haben schwere Erschütterungen ausgeduldet, Sie in Österreich und wir im Deutschen Reich. Wir haben heute die Empfindung, daß wir einer besseren Zukunft entgegengehen. Wir haben es gewiß verdient, wie haben keine Ursache, unser Haupt gesenkt zu tragen, als ob wir eine Schuld auf uns geladen hätten. Wir haben das gleiche Recht auf Achtung wie jedes andere Volk. Wir wollen hoffen, daß das Werk der Sanierung, das wir hier vor unseren Augen erleben haben, das Werk der schweren Wundheilung eines Volkes, auch uns gelingen möge. Wir wissen, daß es nicht ohne Opfer vor sich gehen wird.  
An Sie, die Mitglieder der reichsdeutschen Kolonie in Wien, richte ich die Bitte, Verständnis zu haben für die Politik, die wir im Reich führen müssen. Wir müssen schrittweise vorgehen, um die Grundlagen zu schaffen für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft und für den Wiederaufbau eines geistigen Deutschlands. Haben Sie Verständnis für diese Arbeit und glauben Sie uns, daß in unseren Reihen jeder einzelne, unbeschadet seiner Partei, nur das eine Verlangen hat, Deutschland wieder groß zu sehen, Deutschland wieder gesund zu machen und ihm die Zukunft zu geben, auf die es ein Recht nach der Geschichte hat. Unsere erste Aufgabe ist es, unsere Deutschen freizumachen an der Ruhr, an dem Rhein und in der Pfalz, damit wenigstens jene Rechte, die uns der Vertrag einräumt, zur Geltung kommen. Niemals hat der Feind uns mehr geschadet, als wir uns selbst durch Uneinigkeit geschadet haben. Wenn wir nicht lernen, den Parteigeist zu überwinden und in dem deutschen Bruder zuerst den Deutschen zu sehen und nicht zu fragen, ob er dieselbe Parteifarbe trägt wie wir, so haben wir kein Recht auf eine gute Zukunft. Die Zukunft eines Volkes baut sich nicht nur auf wirtschaftlichen Dingen, sondern auch auf Seelengemeinschaft auf.

### Die Rückreise nach Berlin.

Wien. Reichskanzler Marx und Außenminister Dr. Stresemann sind gestern in Begleitung des österreichischen Gesandten in Berlin und der Herren der Reichskanzlei um 1.35 Uhr nach Berlin abgereist. Auf dem Bahnhof hatten sich Bundeskanzler Seipel, Bismarcker Franz, Außenminister Grünberger und mehrere hohe Beamten eingefunden. Der Abschied war außerordentlich herzlich. Aus Österreich heimreisende deutsche Kinder begrüßten den Kanzler und den Außenminister mit drausenden Durraufen.

### Neue Steuerentwürfe in Sicht.

Berlin. Wie verlautet, sind zur Ausarbeitung des neuen Reichsrechts auf Goldmarkgrundlage im Reichsfinanzministerium neue Steuerentwürfe in Vorbereitung. Die Vorkonferenzen haben bereits begonnen, da die Steuerforderungen dem neuen Reichstag sofort nach Eröffnung zugehen sollen. Von Interesse ist die Feststellung, daß für das Etatsjahr 1924 40 Prozent der Aufwandsentwürfen, die noch für das letzte Etatsjahr das Reich bewilligt hatte, gekürzt werden mußten, da keine Mittel hierfür mehr nachhanden sind.

## Zur Reichstagswahlbewegung. Parteiprogramme.

- ndg. Nachstehend veröffentlichen wir eine Liste der 25 Parteien, die bei den Reichstagswahlen mit einer eigenen Kandidatenliste hervortreten werden:
- 1) Deutschösterreichische Freiheitspartei
  - 2) Deutschnationale Volkspartei
  - 3) Deutsche Volkspartei
  - 4) Zentrum
  - 5) Christlich-sozialer Volkspartei
  - 6) Christliche Volksgemeinschaft
  - 7) Kaiserliche Volkspartei
  - 8) Bayerischer Bauernbund
  - 9) Demokraten
  - 10) Republikanische Partei
  - 11) Deutsche Arbeiterpartei
  - 12) Österreichische Arbeiterpartei
  - 13) Sozialdemokraten
  - 14) Unabhängige Sozialdemokraten
  - 15) Sozialistischer Bund (Redebour)
  - 16) Proletarische Partei
  - 17) Kommunisten
  - 18) Nationalsozialistische Partei
  - 19) Hannoveraner
  - 20) Wirtschaftspartei
  - 21) Völkereformer
  - 22) Haus- und Grundbesitzer
  - 23) Nationale Freiheitspartei
  - 24) Deutschnationale Partei
  - 25) Deutsche Partei (Waben)

Abend, wenn im neuen Reichstag bei einer „großen“ politischen Aussprache von jeder Partei sich drei Rednergarnituren zum Worte melden!

### Dr. Gehler über die Aufgaben des kommenden Reichstags.

Braunschweig. In einer Rede vor einer Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei sagte der Reichswehrminister Dr. Gehler, der kommende Reichstag werde zu entscheiden haben, ob eine Trugpolitik oder eine Erfüllungspolitik betrieben werden soll. Die Anhänger des Gedankens, daß der Friedensvertrag zerfallen werden müsse, müßten dem Volke sagen, was dann geschehen soll. Ein Freiheitskampf ohne Waffen sei unnötig. Noch sei kein Grund, an der Zukunft Deutschlands zu verzweifeln, aber Vernunft müsse sich mit Vaterlandsliebe paaren. Die Stellung der Reichswehr sei klar; sie müsse überparteilich sein. Es arbeite nicht um die Frage Republik oder Monarchie, sondern um die deutsche Einheit.  
Für ausgewiesene oder verdrängte Stimmberedigte.  
Berlin. Durch Verordnung vom 17. März, veröffentlicht im Reichsgesetzblatt Nr. 22, hat der Reichsminister des Innern für die Reichstagswahlen angeordnet, daß Stimmberedigte, die aus dem belegten Gebiet ausgewiesen oder durch Wohnortänderung verdrängt worden sind, auf Antrag in die Stimmkreise ihres gegenwärtigen Aufenthaltsortes einzutragen sind.

### Der Epiken-Kandidat der Deutschen Volkspartei für Köln-Nachen.

Köln. Der Wahlvorstand der Deutschen Volkspartei des Wahlkreises Köln-Nachen beschloß einstimmig, den bisherigen Reichstagsabgeordneten Professor Dr. Moldenhauer wieder an erste Stelle auf die Bewerberliste zu setzen.

### Gelferich wieder Epiken-Kandidat in Offen-Raffau.

Frankfurt. Wie wir hören, wird die Liste der deutschnationalen Volkspartei für die Reichstagswahlen im 21. Wahlkreis wieder mit dem bisherigen Abgeordneten Staatssekretär a. D. Gelferich beginnen.

### Wahlfreiheit im besetzten Gebiet.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat zwar, wie wir meldeten, die Vornahme der Reichstagswahl am 4. Mai zugelassen, aber diese rein formelle Genehmigung dürfte nach den Erfahrungen, die wir mit den französischen Besatzungsbehörden gemacht haben, leider noch nicht genügen, um wirklich die volle Wahlfreiheit zu gewährleisten. Die Besatzungsbehörden müssen auch von allen kleinlichen Mitteln der Schikane ablassen, die geeignet sein könnten, die Freiheit der Wahl zu beeinträchtigen. Es bestehen jetzt im besetzten Gebiet Bestimmungen, die die Abhaltung von Versammlungen wesentlich erschweren, indem sie sie an die vorherige längere Anmeldung der Versammlung, der Tagesordnung usw. knüpfen. Diese Bestimmungen vertragen sich nicht mit den Bedürfnissen einer Wahlkampagne. Es müßte für die Wahlzeit, d. h. von der Ausbreitung der Wahlen an bis zum Wahltag, bestimmt werden, daß alle Wahlversammlungen sofort nach der Anmeldung ohne Innehaltung der jetzt vorgeschriebenen Frist genehmigt werden, wenn nicht etwas, was in der Wahlzeit eine berechtigte Forderung ist, überhaupt erreicht werden kann, daß Wahlversammlungen ganz allgemein ohne Genehmigungspflicht stattfinden dürfen. Ferner muß verlangt werden, daß allen Personen, die zu Wahlzwecken zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet hin- und herreisen müssen, die Ein- und Ausreise ohne Rücksicht darauf gestattet wird, ob ihr Wohnsitz im besetzten oder im unbesetzten Gebiet sich befindet. Als solche Personen würden nicht nur die Wahlhandlenden selbst, sondern auch Parteisekretäre wie überhaupt alle in der Wahlagitatorik beschäftigten Personen anzusehen sein. Auch der Verkehr während der Wahlagitatorik vollkommene Freiheit gewährt werden, und was für die Tagespresse gilt, muß auch für die Herausgabe von Wahlflugblättern verlangt werden. Einer besonderen Beachtung bedarf die Behandlung der aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen Personen. Ihnen muß die Möglichkeit zur Aus-

übung des Wahlrechts gegeben werden, es muß ihnen gestattet werden, am Tage der Wahl nach ihrem Wohnsitz zurückzukehren, um ihre Stimme abgeben zu können. Aber selbst wenn alle diese Voraussetzungen einer wirklichen Wahlfreiheit von den Besatzungsbehörden ausfinden werden würden, so muß man doch noch befürchten, daß sich die Dinge nicht in der Praxis so glatt abwickeln werden, sondern mancherlei Schikanen unseren Volksgenossen das Wählen erschweren oder gar verhindern werden. Deshalb muß endlich auch dafür gesorgt werden, daß Beschwerden über Unerbittlichkeit einzelner Besatzungsorgane auf dem schnellsten Wege erledigt werden. Es wird Sache der deutschen Reichsregierung sein, in den erforderlichen Verhandlungen mit der Interalliierten Rheinlandkommission dahin zu wirken, daß die Wahlen die Stimmung der Bevölkerung zum wahrhaften Ausdruck bringen können.

## Die Rechtsparteien und der Reichspräsident.

Ueber die Stimmung in den Rechtsparteien kann unser Berliner Vertreter, unterrichtet von führenden Persönlichkeiten der Parteien, folgende Mitteilung machen: Die Parteileitungen der Deutschösterreichischen Freiheitspartei und der Deutschnationalen Volkspartei haben in gegenseitiger Uebereinstimmung die Parole ausgearbeitet, den Wahlkampf vor allem auch gegen die Person des jetzigen Reichspräsidenten zu führen. Man will die Rolle, die der Reichspräsident während der letzten Jahre politisch gespielt hat, im Wahlkampf besonders hervorheben und betonen, daß es einer künftigen nationalen Regierung nicht möglich sei, mit dem jetzigen Reichspräsidenten zusammenzuarbeiten. Man ist in beiden Parteien auch übereingekommen, daß keine Männer beider Parteien in die künftige Regierung hineingekommen sollen, ohne energischen Protest gegen die Befassung des Reichspräsidenten in seinem Amte erhoben zu haben. Man will auf jeden Fall noch im Laufe des Sommers die Neuwahl des Reichspräsidenten erwirken. Dagegen ist man sich noch nicht einig über die Person des Nachfolgers Gersch. Bekanntlich verlusten sich die Deutschnationalen und die Deutschösterreichischen über eine Kandidatur Cuno zu einigern. Die Deutschösterreichischen haben aber erklärt, ihre Zustimmung dazu nicht geben zu können. Inwiefern die Deutsche Volkspartei und das Zentrum sich der Forderung einer Neuwahl des Reichspräsidenten anschließen werden, wird davon abhängen, unter welchen Bedingungen die Koalition nach den Neuwahlen zustande kommt.

## Die Eröffnung der Goldkreditbank.

Von maßgebender Seite wird einem Vertreter des „Berliner Volksdienstes“ mitgeteilt:  
Die Eröffnung der deutschen Goldkreditbank ist nunmehr für den 1. April vorgeleben. In den nächsten Tagen finden die abschließenden Verhandlungen zwischen der Reichsbank und den großen Berliner Banken über die Finanzierung der neuen Bank statt. Nachdem der englische Kredit in Höhe von 5000000 Pfund Sterling endgültig gesichert ist, haben auch die großen Banken ihre Kapitalbeteiligung an der Goldkreditbank angelegt.  
Es wird die Hauptaufgabe des neuen Instituts sein, seinen ganzen Einfluß auf dem Kreditmarkt geltend zu machen, um die gegenwärtigen unbilligen Verhältnisse zu klären. Reichsbankpräsident Dr. Schacht steht auf dem Standpunkt, daß es notwendig sei, die neue Bank in großzügiger Weise aufzugeben, um sie zu einem Faktor der Gesundung des deutschen Kreditwesens zu machen. Aus diesem Grunde will Dr. Schacht, dem voraussichtlich die Leitung der neuen Bank übertragen wird, Verhandlungen mit der Großindustrie einleiten, um die Industrien zu veranlassen, in eine enge Zusammenarbeit mit der neuen Goldkreditbank einzutreten.

## Pariser Dementi zum Scheinvertrag.

Paris. Die Enthüllungen des Berliner Tageblattes hinsichtlich eines geheimen franko-tschechischen Abkommens werden von den maßgebenden Pariser Kreisen als unrichtig bezichtigt. Das Ministerium des Aeußeren teilt in der Vorliegenden nachstehende Note mit: Im Oktober 1918 ist kein franko-tschechischer Vertrag abgeschlossen worden. Ende Dezember 1918 fanden lediglich Verhandlungen zur Entsendung einer französischen Militärmission nach Prag statt. Diese Verhandlungen sind mit der Ernennung des Generals Lelet zum Adjutanten gelangt. Die von dem Berliner Tageblatt veröffentlichten Angaben sind völlig unrichtig. Was die Bedingungen eines eventuellen militärischen Zusammenwirkens der beiden Länder anbelangt, so sind sie ausschließlich in dem Vertrag vom 25. Januar 1924, der veröffentlicht und dem Völkerbund mitgeteilt wurde, angegeben. Es ist den beiden Regierungen nie eingfallen, sie in einem anderen Sinne aufzufassen.

## Blutiger Zusammenstoß mit Kommunisten in Damsburg.

Hamburg. Gestern abend gegen 7 Uhr verlusten 3-400 Teilnehmer an einer kommunistischen Versammlung im geschlossenen Zuge nach der inneren Stadt zu ziehen. Als sich in der Rieder Straße die Beamten der Wache 14 der Menge entgegenstellten, wurden sie unter aufreißenden Rufen aus heftiger Bedrängung, sodas sie von der Schwärze weggedrängt wurden. Mehrere Personen wurden verwundet, darunter ein Zivilist schwer. Zur Vertreibung herangezogene orangefarbene Polizei stellte die Ruhe wieder her.